



Die Fussl-Geschäftsführung: Karl Mayr (r.), seine Frau Maria und sein Bruder Ernst Mayr

Foto: Weibold

„Vom gesunden Betrieb zum Bittsteller bei der Regierung“

Modehändler Fussl: Die Lager sind voll, die Ware ist bezahlt, ein Onlineshop nicht vorhanden. Aber es gibt Gründe zur Hoffnung

VON ELISABETH PRECHTL

ORT/INNKREIS. „Wenn ich mit meiner Frau durch die Geschäfte gehe und die Ware hängen sehe, dann tut mir das Herz weh“, sagt Karl Mayr, Geschäftsführer der Modekette Fussl mit Stammsitz in Ort/Innkreis. Bis Mitte März sei das Geschäft sehr gut gelaufen. Nun liegt der Ausfall bei 100 Prozent – und das in der umsatzstärksten Zeit im ersten Halbjahr.

Fussl betreibt in Österreich und Bayern 180 Filialen, 1200 Mitarbeiter sind beschäftigt. Der Umsatz lag im Vorjahr bei 170 Millionen Euro. Rund 95 Prozent der Mitarbeiter wurden zur Kurzarbeit angemeldet. Die Lager seien voll, sagt Mayr: „Die Frühling- und Sommerkollektion ist zu 80 Prozent geliefert und zu 100 Prozent bezahlt.“

Einnahmen hat Fussl derzeit keine: Einen Onlineshop gibt es nicht, was der Chef nicht bereut: „Mode ist im Moment einfach nicht gefragt, weil die Leute da-

heim sind.“ Das zeigt auch das Beispiel des Onlineriesen Zalando: Im ersten Quartal werde ein bereinigter Betriebsverlust von rund 28 Millionen Euro anfallen, wie das börsennotierte deutsche Unternehmen am Montag bekannt gab.

„Mode ist verderbliche Ware“

Wann die Geschäfte in Österreich wieder ihren Betrieb aufnehmen dürfen, ist offen: Mayr rechnet mit „Ende April, Anfang Mai“. Dann hänge auch viel von der Witterung und vom Verhalten der Konkurrenz ab, wie viel noch regulär verkauft werden könne: „Bananen sind nach drei Tagen alt, Mode nach drei Monaten“, sagt Mayr. Sie sei verderblich, bei 30 Grad brauche niemand eine Frühlingjacke.

„Ich hoffe auch auf eine gewisse Solidarität unter den Händlern, damit die Rabattschlachten nicht schon im Juni beginnen.“ Denn alle müssten ihre Lager leer bekommen: Im August kämen die Herbst- und Winterkollektionen an. Was nicht verkauft werden

könne, gehe an die Outlets. Was dann noch übrig ist, kommt karitativen Zwecken zugute.

Um den Betrieben zu helfen, brauche es so schnell wie möglich Regeln, damit die Banken die Hilfskredite für die Unternehmen freigeben könnten. Von deren Ausgestaltung werde auch abhängen, wie viele Händler die Krise überstehen. Mayr rechnet hier mit einer Bereinigung des Marktes.

Mittelfristig brauche es ein einfaches und transparentes System, wie der Schaden vergütet werde: Ein Ersatz von 60 bis 70 Prozent des Wareneinsatzes sei wahrscheinlich.

Über die Zukunft von Fussl macht Mayr sich keine Sorgen: Man sei ein gesunder Betrieb. Die Kunden würden sich freuen, wenn die Geschäfte wieder geöffnet hätten, außerdem werde derzeit nicht viel Geld ausgegeben. Das Fazit ist dennoch bitter: „Binnen einer Woche sind wir vom gesunden Unternehmen zum Bittsteller bei der Regierung geworden.“

„Die Dividenden sind nicht in Stein gemeißelt“

Aktionärsvertreter Wilhelm Rasinger plädiert für Augenmaß bei Ausschüttungen

VON SUSANNE DICKSTEIN

WIEN. In der Vorwoche haben die ATX-Konzerne Verbund und OMV bekannt gegeben, ihre Hauptversammlung (HV) auf Juni beziehungsweise September zu verschieben. Anders als in anderen europäischen Staaten ist es in Österreich gesetzlich nur bedingt möglich, eine Aktionärsversammlung virtuell abzuhalten. Dem Unternehmen nach ist eine Verordnung in Arbeit, die dies ermöglichen soll. „Die meisten Unternehmen verschieben aber ihre HV, um kein Tor für Anfechtungen zu öffnen“, sagt Wilhelm Rasinger, Chef des Interessenverbands für Anleger.

Eine Verschiebung bedeutet für die Aktionäre, dass ihre Dividenden später ausgezahlt werden. Schließlich wird die Höhe der Ausschüttung erst von der Hauptversammlung beschlossen. Längst hat aber eine Diskussion eingesetzt, ob es in Zeiten von Corona und Kurzarbeit legitim ist, eine Dividende auszuschütten. Erst gestern forderte Telekom-Betriebsratschef Alexander Sollak, die Dividenden für 2019 und 2020 auszusetzen.

Auch Aktionärsschützer Rasinger plädiert für Solidarität: „Die Aktionäre werden Verständnis haben müssen, wenn ihre Dividenden gekürzt werden. Die sind nicht in Stein gemeißelt.“ Rasinger schlägt

vor, dass die Unternehmen jetzt, also bereits vor der HV, eine Basisdividende auszahlen. „Diese Vorauszahlung könnte ein Drittel bis die Hälfte der ursprünglich angekündigten Ausschüttung betragen.“ Zu einem späteren Zeitpunkt, wenn die Folgen der Krise absehbar seien, könnte über den Rest entschieden werden. Derartige Akontozahlungen habe es vor nicht allzu langer Zeit gegeben, als die Kapitalertragssteuer von 25 auf 27,5 angehoben wurde.

Amag wartet zu

Auch der börsennotierte Innviertler Aluminiumkonzern Amag hat seine HV bereits auf Herbst verschoben. Noch im Februar, also vor Ausbruch der Corona-Krise in Europa, hat der Vorstand eine Dividende von 1,20 Euro je Aktie vorgeschlagen. Ob sie nun gekürzt werden soll, lässt Amag-Vorstandschef Gerald Mayer noch offen: „Wir sind derzeit im Modus, wo wir schauen müssen, wie wir das Rad am Laufen halten. Das hat noch keine Priorität.“ Man werde die Ausschüttung später erneut diskutieren.

Ebenso wie für den Amag-Chef ist auch für Aktionärsvertreter Rasinger klar: „Das Wichtigste ist, dass die Unternehmen ordentlich über die Runden kommen. Die Dividende muss ausgewogen und mit Augenmaß erfolgen.“

3 FRAGEN AN ...

CHRISTOPH BOSCHAN

Vorstandsvorsitzender Wiener Börse AG



1 Ist es vertretbar, dass Firmen Dividenden ausschütten und jetzt Kurzarbeit ausnützen?

Gewinnausschüttungen im Jahr 2020 gelten für das Geschäftsjahr 2019. Alle Lieferanten und Mitarbeiter haben ihr Geld für 2019 bekommen. Diejenigen, die mit ihrem Eigenkapital den Wirtschaftsbetrieb überhaupt erst ermöglichen, rückwirkend und per definitionem leer ausgehen zu lassen, ist auch nicht fair.

2 Welche Auswirkungen auf die Aktienkultur erwarten Sie, wenn jetzt nicht ausgeschüttet wird?

Ob eine Ausschüttung stattfindet, ist eine Abwägung im Einzelfall. Viele Unternehmen können problemlos zahlen, während es sich bei anderen strikt verbietet.

Die Entscheidung darüber sollte bei den Eigentümern bleiben. Die Aktienkultur würde erheblich leiden, wenn nur Aktionäre – die übrigens gerade große Verluste haben – rückwirkend enteignet werden. Die internationalen Kapitalgeber, die wir für den Wiederaufbau brauchen, werden hier sehr genau hinschauen.

3 Wird über Ausschüttungen nur in Österreich diskutiert?

Es ist eine Frage des Populismus und der wirtschaftlichen Bildung: Welcher Österreicher weiß schon, dass er direkt von Dividenden über die Pensionskassen profitiert, der Staat damit auch Kapitalertragssteuer einnimmt und die staatliche Beteiligungsgesellschaft die Dividende in den Staatshaushalt abführt?

WIRTSCHAFT | NACHRICHTEN

Kurzarbeit nun auch bei McDonald's Österreich

WIEN. In den Reigen der Konzerne mit der Corona-Kurzarbeit reiht sich nun auch die Fastfood-Kette McDonald's Österreich ein. Betroffen ist ein Großteil der 9600 Beschäftigten. Nicht alle Franchisenehmer sollen mitgezogen haben, war gestern aus involvierten Kreisen zu hören. Wegen Corona sind die Filialen derzeit geschlossen.

OeNB: Mindestens drei Prozent Rezession

WIEN/LINZ. Die Österreichische Nationalbank (OeNB) geht für heuer in einem „moderaten Covid-19-Szenario“ von einem Schrumpfen der heimischen Wirtschaft von mehr als drei Prozent aus. Im Jahr 2021 könnte aber dafür ein „vergleichsweise kräftiger Aufschwung“ folgen, lautete gestern die erste Schätzung der OeNB-Ökonomen.

Verkehrsbüro: Alle 3000 Mitarbeiter in Kurzarbeit

WIEN. Die Verkehrsbüro-Gruppe, Österreichs größter Tourismuskonzern, meldete alle 3000 Mitarbeiter zur Kurzarbeit an. Die Anträge für die Holding sowie für die Tochtergesellschaften (Ruefa, Eurotours, die Verkehrsbüro Hotellerie und Palais Events mit dem Café Central sind beim AMS eingebracht worden, hieß es gestern.

Härtefallfonds erweitert

Geld auch für Besserverdiener, Jungunternehmer

WIEN. Nach viel Kritik wird der Härtefallfonds ausgeweitet: Auch Unternehmer, die im Monat mehr als 5000 Euro brutto verdient haben, sind in der zweiten Auszahlungsphase anspruchsberechtigt.

Auch die Untergrenze von rund 5500 Euro (jährliche Geringfügigkeitsgrenze) soll entfallen. Zum Nachweis einer tatsächlichen Selbstständigkeit muss allerdings eine Anmeldung bei der Sozialver-

sicherung (SV) erfolgt sein. Auch Jungunternehmer mit einer SV-Anmeldung zwischen 1. Jänner und 15. März werden als neue Anspruchsberechtigte aufgenommen (bisheriger Stichtag für die Gewerbeanmeldung: 31. Dezember 2019).

Der Härtefallfonds ist eine Milliarde Euro schwer. Bis gestern Früh gingen mehr als 85.000 Anträge bei der Wirtschaftskammer ein.

BMD will internationaler werden

Markus Knasmüller ist ab heute alleiniger Geschäftsführer des Softwarehauses

STEYR. „Es ist möglich, dass wir gestärkt aus der Corona-Krise hervorgehen“, sagt **Markus Knasmüller.** Der 48-Jährige ist ab heute alleiniger Geschäftsführer des Steyrer Softwarehauses BMD. BMD entwickelt elektronische Lösungen, schwerpunktmäßig für Steuerberater und Wirtschaftsprüfer. Knas-

müller ist seit 1997 im Betrieb, der sich generell durch geringe Fluktuation auszeichnet. Das habe BMD von Mitbewerbern ebenso ab wie die Cloud-Lösung, die den Kunden angeboten werde. „Sie ist eine Schlüsseltechnologie für das Home Office und wird bei den Kunden stark nachgefragt“, sagt Knasmüller. Digital gut aufge-

stellt zu sein, sei auch in der Krise ein großer Vorteil. Bei kleineren Betrieben gäbe es noch großes Potenzial. BMD hat 30.000 Kunden, rund zehn Prozent davon haben ihren Sitz im Ausland. In den Märkten Schweiz, Deutschland, Tschechien, Ungarn und Slowakei soll die Präsenz ausgebaut werden.

Mit 55 Mitarbeitern wurde zuletzt ein Umsatz von 57 Millionen Euro erzielt. (prel)

